

„Truth is what works“,
oder „Was nicht überzeugen kann, das wird sich auch nicht bewahrheiten“

Eine Replik auf Gunther Hellmanns „Rekonstruktion der „Hegemonie des Machtstaates
Deutschland unter modernen Bedingungen“?
von Sebastian Harnisch, Universität Trier
Fassung vom 18.10. 2000

In seinem Beitrag „Rekonstruktion der „Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen“? Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik“ argumentiert Gunther Hellmann, dass die Bundesrepublik „wieder eine Großmacht [sei], die ihr Verhältnis zum Einsatz militärischer Gewalt ... „normalisiert habe.¹ Hellmann behauptet, dass sich das deutsche außenpolitische Verhalten nach 1990, trotz anhaltender Kontinuitätsrhetorik, als Reaktion auf Umweltveränderungen (neues Handlungsfeld in Mittel- und Osteuropa, Prioritätenverschiebung der USA; Problemverschiebungen innerhalb und außerhalb der EU), nachhaltig verändert habe (S. 6). Erstens habe eine „Generation von selbstbewussten deutschen Außenpolitikern“ (BK Schröder, MP Stoiber, MP Koch, Friedrich Merz) die bisher vorherrschende Gruppen „der Befangenen“ (Kohl, Genscher, Fischer) verdrängt und so aus der bisherigen „Bonner Abnutzungsdiplomatie“ einen „Berliner Blitzkriegsmultilateralismus“ werden lassen (S. 7). Zweitens sei es für die deutsche Außenpolitik nach 1990 schwieriger geworden, divergierende interne und externe Erwartungen miteinander zu verbinden, weil die Kompromissbereitschaft der Deutschen, „die Lasten anderer zu tragen,“ schwindet (S.8). Auf der Grundlage dieser Argumentation entwickelt Hellmann eine Dichotomie zwischen einer bis 1989 existenten „Bonner Republik“ und einer in den 1990er Jahren angeblich etablierten „Berliner Republik“. Dieser Berliner Republik werde zunehmend selbstbewusst ihre nationale Interessen vertreten und dadurch in Konflikt mit ihren Partnern geraten, wenn sie nicht „das nötige Maß an welt- und europapolitischer Reife herausbilden“ werde (ibid.). Vor diesem Hintergrund schließt Hellmann mit der Mahnung, dass es ohne diese Reife spätestens in zehn bis zwanzig Jahren Anlass zum „Haareraufen“ (J. Fischer) im Sinne einer selbstbewussten nationalen deutschen Außenpolitik geben werde.

In dieser Replik argumentiere ich, dass Hellmann die Gefahr für eine „Renationalisierung der deutschen Außenpolitik“ stark überzeichnet, ja bewusst übertreibt. Erstens behaupte ich, dass Hellmann unzureichende z. T. unzulässige empirische Belege für seine These vorlegt. Wenn sorgfältig angewendet, ergibt die von Hellmann nur sehr sporadisch angewendete Diskurs- bzw. Inhaltsanalyse deutscher außenpolitischer Rhetorik kaum Anlass zur Sorge in bezug auf ein „neues deutsches Selbstbewusstsein“ nach 1990. Hierauf wird sich der folgende Beitrag konzentrieren. Zweitens zeige ich, dass Hellmanns Auswahl von Kategorien und Fallbeispielen zur Stützung seiner These inkonsistent bzw. selektiv ist, so dass die daraus abgeleiteten Szenarien kaum Aussagekraft haben.

Letztlich reduziert sich Hellmanns vierundneunzigseitiger Essay damit auf die (banale) Feststellung, dass man die bundesdeutsche Außenpolitik nach 1990 unterschiedlich bewerten kann (S. 19-32, 35-48), er aber hoffe, dass das von ihm als wahrscheinlich erachtete Szenario einer selbstbewusst-nationalen Berliner Republik nicht eintreten werde (S. 84f.). Im folgenden versuche ich ihm diese Sorge zu nehmen, indem ich zeige, dass seine pragmati(sti)sche Suche

¹ Vgl. Hellmann, Gunther 2000: „Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen“? Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik“, Beitrag für den 21. Wissenschaftlichen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Halle/Saale, 1.-5. Oktober 2000, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/publications/conference/hellmann-halle.pdf>, S. 5, alle nachstehenden Seitenangaben beziehen sich auf diesen Text.

nach der Wahrheit so wenig überzeugend ausfällt, dass sie kaum Chancen hat sich zu bewahrheiten.

Das neue deutsche Selbstbewusstsein

Hellmann argumentiert, dass der außenpolitische Diskurs der Berliner Republik durch ein gewachsenes Selbstbewusstsein geprägt sei. Dieses kollidiere zunehmend mit den Verhaltenserwartungen der umliegenden Staaten, die das neue deutsche „selbstbewusste Eintreten für nationale Interesse“ nicht mit dem gleichen Maßstab messen, wie sie dies im Falle Großbritanniens oder Frankreichs täten (S. 82). Hellmanns Analyse beruht auf der Annahme, dass eine neue Generation von (Außen-) Politikern die Last der deutschen Geschichte abgeschüttelt habe und „nach vorne blicke“. Bundeskanzler Schröder, die Ministerpräsidenten Stoiber und Koch als auch der Fraktionsvorsitzende von CDU-/CSU Friedrich Merz stehen für Hellmann in dieser Traditionslinie.

Hellmann irrt: das von ihm diagnostizierte Selbstbewusstsein ist weder neu, noch mit der Generation Schröder, Koch, Stoiber, Merz verbunden, noch können seine empirischen Belege die These stützen, dass die Bundesrepublik aufgrund dieses neuen Selbstbewusstseins von ihrer bisherigen Außenpolitik des Multilateralismus, der Präferenz für nicht-militärische Mittel und der Integration abweichen wird. Eine sorgfältige empirische Inhaltsanalyse der bundesdeutschen außenpolitischen Rhetorik zeigt ein deutliches Wachstum positiver Eigenbilder seit 1990, also unter der Regierung Kohl/Genscher, die Hellmann noch als Inkarnation der Befangenheit präsentiert (S. 6, 9-14, 19-23, ..., 81).

In ihrer rollentheoretischen Untersuchung aus dem Jahr 1997 kommen Létourneau/Räkel (1997: 123) zu dem Ergebnis, dass sich positive Selbstbilder in den außenpolitischen Reden zentraler Entscheidungsträger (Kohl, Genscher) zwischen 1990-1993 deutlich zugenommen haben.² Gleichzeitig zeigen die Inhaltsanalysen von Kirste und Létourneau/Räkel, dass dieses gewachsene Selbstbewusstsein nach wie vor auf die Verwirklichung westlicher Werte, ja unmittelbar auf den Erhalt gutnachbarschaftlicher Beziehungen gerichtet war (Kirste 1998: 154-167; Létourneau/Räkel 1997: 122-125).³ Das von Hellmann für die Berliner Republik konstatierte Selbstbewusstsein ist also in Wirklichkeit ein sehr viel älteres Phänomen der von Hellmann für tot erklärten Bonner Republik.⁴

² Z. B. in der Kategorie National Plans/problems: achievement of the united Germany, economic success, struggle against racism, ensuring economic competitiveness von 7.1 % (1989/90) aller Aussagen auf 18.4 % (1992/93) aller Aussagen, für die Kategorie self image: politically and economically stable country, economic success, cultural achievements and unity, peace, democracy, good relations with neighbors, normality von 11.9 (1989/90) auf 23.7 % (1992/93) aller Aussagen.

³ Vgl. u.a. Rede des Bundesministers der Verteidigung Rudolf Scharping in der 107. Sitzung des Deutschen Bundestages (14. Wahlperiode) am 7. Juni 2000 zum Thema Bundeswehr der Zukunft: „Wenn hier in Deutschland beispielsweise aus den Reihen der CDU/CSU eine eigene Analyse verlangt wird, dann bitte ich Sie zu überlegen, welche Konsequenzen das haben könnte, jedenfalls in der Wahrnehmung mancher Partner. Das bedeutet nämlich, dass wir uns im Bereich der sicherheitspolitischen Analyse gewissermaßen nationalstaatlich noch einmal eigene Gedanken machen, obwohl wir uns schon auf eine gemeinsame verständigt haben - einschließlich der Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, innerhalb der NATO-Strategie ebenso wie in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik....“, http://www.bundeswehr.de/news/reden/reden_minister/bt_00000617.html [16.10. 2000].

⁴ Hier sei der Hinweis erlaubt, dass Hellmann an keiner Stelle die Kategorie Selbstbewusstsein (ebenso wie andere zentrale Begriffe wie Befangenheit (vgl. S. 45, 52, 58), Weltbild (vgl. S. 7, 15, 37, 48, 49), Rolle (vgl. 7, 20, 22, 28, 29, 30, 31, 34, 36, 37, 38, 39, 41, 41, 42, 43, 46, 51, 55, 64, 68, 70, 74, 77, 82, 88, 91), Großmacht etc. näher definiert. Hellmann benutzt Selbstbewusstsein weniger im engeren Sinne des Wortes als Selbstwertgefühl (Selbstachtung), dass sich auf ein im Ich des Akteurs gegründetes Bewusstsein von Einheit, Kontinuität und Identität gründet, sondern eher im Sinne einer relativen Positionierung des Akteurs, i.e. der eigenen Hochschätzung. Damit wird m. E. die Grenze zur Selbstgerechtigkeit/Selbstliebe unnötig verwischt.

Eine eingehende rollentheoretische Analyse kann auch (im Gegensatz zu Hellmann) empirisch zeigen, warum es zu einer Steigerung positiver Eigenbilder in der gesamten außenpolitischen Elite der Bundesrepublik nach 1990 kam. Durch die erfolgreiche Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 erfuh die bisherige außenpolitische Rolle der alten Bundesrepublik eine nachhaltige Bestätigung.⁵ Vereinigt und demokratisch, weder bedroht noch bedrohend habe Deutschland nach Jahrhunderten (s)einen sicheren Platz in Europa gefunden (Létourneau/Räkel 1997: 123-126; Harnisch 2000: 8; ferner Banchoff 1999: 9-10).⁶

Der Ursprung des angeblichen neuen deutschen Selbstbewusstseins ist damit nicht die partikuläre historische Sozialisation einer einzelnen Generation (z.B. der 1968er), sondern eine gesamtgesellschaftliche Erfahrung, die sich auch in der gesamten außenpolitischen Eliten niedergeschlagen hat. Wie Thomas Banchoff in seiner vergleichenden Analyse der deutschen Außenpolitik anhand von vier prägenden außenpolitischen Entscheidungssituationen (Petersberg/Paris-Westbindung; Ostverträge/Ostpolitik, Nachrüstungsdebatte, Wiedervereinigung) zeigt, war der Konsens über die „historischen Lehren“ der Vereinigung im Gegensatz zu allen vorherigen Wendepunkten nahezu einhellig (Banchoff 1999: 174-175). Hellmanns eigene empirische Belege für das angeblich neue Selbstbewusstsein sind zudem nicht sehr überzeugend. Einerseits sind sie dekontextualisiert, so dass die inhaltliche Ausprägung/Richtung des Selbstbewusstseins nicht deutlich bzw. verschleiert wird. Zitate werden aus dem Zusammenhang gerissen, so dass sie einen neuen „Sinn ergeben“. Andererseits lässt die Repräsentativität der Zitate für bestimmte Akteure als auch die Auswahl bestimmter Akteure für die deutsche Außenpolitik nach 1990 zu wünschen übrig.

In Hellmanns Argumentation nimmt die erste Regierungserklärung von Gerhard Schröder (zurecht) eine zentrale Stellung ein.⁷ Dabei erweckt Hellmann durch die Verkürzung zentraler Textpassagen und die Unterschlagung/Weglassung des Zitatkontexts den Eindruck, Schröder habe sich für ein selbstbewussteres Auftreten Deutschlands *im Umgang mit anderen Nationen ausgesprochen*. In der entsprechenden Textpassage geht es aber *um den Umgang mit (bisherigen) Angehörigen anderer Nationen im eigenen Land*. Auf S. 13 wird von Hellmann das Bild gezeichnet, Schröder habe eine erwachsene, selbstbewusste Nation proklamiert, „die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß...“. Hellmann verzerrt m. E. damit den wirklichen Inhalt der entsprechenden Textpassage. Zum einen stammt das Zitat aus dem Abschnitt der Regierungserklärung, die sich mit der Einführung des neuen

⁵ In seinem seminalen Werk „Pragmatism“ (1907) vertritt der Philosoph William James die Auffassung, dass Wahrheit nicht aus universalen Gesetzen oder abstrakter Theoretisierung, sondern aus einem Strom alltäglicher Erfahrung entstehe. Demnach testen Akteure ihre Ideen, um deren Validität zu bestätigen oder zu verwerfen. Um mit James zu sprechen, „truth is what works“; dies galt und gilt m. E. auch für die deutschen außenpolitischen Eliten nach 1990, vgl. zum Pragmatismus von James: Boyer et al. 1990: 762.

⁶ Vgl. Bundeskanzler Helmut Kohl, Regierungserklärung, 30. Januar 1991, in: Deutsche-Außenpolitik 1990/1991, München: Moderne Verlagsgesellschaft, S. 328; Bundespräsident Richard von Weizsäcker, „Ansprache am 30. April 1992, in: Bulletin 49(09.05. 1992), S. 470; für die neue Bundesregierung u.a. Erklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zum 50jährigen Bestehen von Grundgesetz und Bundesrepublik am 23. Mai 1999, http://www.bundesregierung.de/top/liste/Regierung/Bundeskanzler/Reden_und_Erklarungen/ix1706_kanzlerreden.htm?language=de [16.10. 2000].

⁷ Leider ist Hellmanns Auswahl von außenpolitischen Aussagen, die Auskunft über die Motive den Aussagen zugrundeliegenden Weltbilder geben sollen, nicht methodisch reflektiert. Weder werden Aussagen nach unterschiedlichen Adressatengruppen (eigene Bevölkerung oder Ausland), noch werden ad-hoc Aussagen (Interviews) von präparierten Aussagen (Reden, Memoiren, Meinungsartikel etc.) unterschieden, vgl. für die methodischen Kriterien einer zuverlässigeren Inhalts- bzw. Diskursanalyse: Kirste 1998: 61-63 mit dem Verweis auf Opp de Hipt 1987; Mayring 1990; vgl. für wissenschaftliche Kriterien einer Definition und Operationalisierung von Welt- bzw. Denkbildern in der Außenpolitikanalyse: Harnisch 2000b: 49-53.

Staatsbürgerschaftsrechtes befasst (Politik der Integration – mehr Demokratie wagen).⁸ Der Adressatenkreis von Schröders Aussagen wird nicht nur durch den Kontext der Rede, eine Regierungserklärung vor den gewählten Vertretern im deutschen Bundestag, sondern auch den ersten Absatz des entsprechenden Abschnitts deutlich:

„Die Realität lehrt uns zum Beispiel, daß Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten eine unumkehrbare Zuwanderung erfahren hat. Wir haben die Menschen, die in den 50er Jahren zu uns kamen, eingeladen. Heute sagen wird diesen unter uns lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern, daß sie keine Fremden sind. Zu Fremden machen sich vielmehr diejenigen, die in unserem Land den Fremdenhaß propagieren.....“

Damit wendet sich Schröder explizit gegen jene Deutschen, die aus einem Unterlegenheitsgefühl heraus Fremdenhass propagieren und im eigenen Land praktizieren und die Höherwertigkeit der Deutschen gegenüber anderen Nationen proklamieren. Er kündigt deshalb die Entwicklung eines modernen Staatsangehörigkeitsrecht an (ibid.). Schröder begründet diesen Schritt einerseits mit den Rechten derer, die dauerhaft in Deutschland leben, Steuern zahlen und die Gesetze achten und deshalb ein Anrecht auf demokratische Beteiligung haben. Andererseits weist er auf die „[multikulturelle] Wirklichkeit in Europa“ hin, die ein friedliches Miteinander erlaubt und deshalb auch in Deutschland zur Norm werden sollte.

„Integration erfordert auch und gerade die aktive Mitwirkung derer, die sich integrieren sollen. Aber wir werden denen, die dauerhaft hier leben, ihre Steuern zahlen und die Gesetze achten, die Hand reichen, damit sie sich in unsere Demokratie als Menschen auch wirklich einbringen können. So nehmen wir die Wirklichkeit in Europa positiv zur Kenntnis, so wollen wir das Miteinander halten, und so sollte es in Deutschland üblich werden.“

Die Quelle des deutschen Nationalbewusstseins liegt nach Schröder deshalb nicht in einem Staatsbürgerschaftsrecht, dass sich auf Abstammung beruft, sondern auf einen demokratischen Wertekonsens gründet. In diesem Zusammenhang wendet sich Schröder explizit an die Bevölkerung der neuen Bundesländer, indem er jene Ostdeutschen würdigt, die aktiv das Zwangssystem der SED-Diktatur bekämpft haben und so die Teilung Deutschlands durch den Einsturz der Mauer beendeten.

„Unser Nationalbewußtsein basiert eben nicht auf den Traditionen eines wilhelminischen ‚Abstammungsrechts‘, sondern auf der Selbstgewißheit unserer Demokratie. Wir sind stolz auf dieses Land, auf seine Landschaften, auf seine Kultur, auf die Kreativität und den Leistungswillen seiner Menschen. Wir sind stolz auf die Menschen im Osten unseres Landes, die das Zwangssystem der SED-Diktatur abgeschüttelt und die Mauer zum Einsturz gebracht haben.“

Es spricht daher viel dafür, dass der Bundeskanzler durch diese Textführung zwei weithin bekannte Trends in der Auseinandersetzung um das deutsche Nationalbewusstsein/Identität ansprechen wollte: 1) die Instrumentalisierung eines deutschen Wir-Gefühls durch rechtsradikale Gruppen, die durch die relative Höherbewertung der eigenen Nation und die vermeintliche Minderwertigkeit anderer Nationen, die „nationale Identität“ ihrer Gefolgsleute stärken und deren Schwelle zur Gewaltanwendung herabsetzen wollen; 2) das Gefühl vieler ostdeutscher Bürger, nach wie vor Bürger zweiter Klasse in der Bundesrepublik zu sein.⁹ Wenn man diesen Kontext der folgenden, von Hellmann wiederholt herangezogenen, Passage der Regierungserklärung berücksichtigt, dann wird der Ursprung des neuen deutschen Selbstbewusstseins Schröderscher Prägung, nämlich die Bestätigung grundlegender demokratischer Werte in und durch die Wiedervereinigung, deutlich.

„Was ich hier formuliere, ist das Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muß, die sich der Geschichte und der Verantwortung stelle, aber bei aller Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen, doch nach vorne blickt. Es ist das Selbstbewußtsein einer Nation, die weiß, daß die Demokratie nie für die Ewigkeit erworben ist, sondern daß Freiheit, wie es schon in Goethes ‚Faust‘ heißt, „täglich erobert“ werden muß.“

⁸ Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag, 10. November 1998, http://www.bundesregierung.de/top/dokument/Schwerpunkte/Regierungserklaerungen/vom_10._November_1998_vor_dem_Deutschen_Bundestag/ix1185_9562.htm [25.09. 2000].

⁹ Vgl. „German Unification, Togetherness: a balance sheet“, in Economist, 30.09. 2000, S. 27-32; Jürgen Leinemann, „Die Hälfte des Weges“, in: Der Spiegel, 2.10. 2000, S. 30-33.

Hellmanns Behauptung, dass Schröder durch seine (detaillierte) Definition einer selbstbewussten, erwachsenen Nation die Bemühungen rechtskonservativer Autoren (Schwilk, Zitelmann, Weißmann etc.) und linker nationaler Vordenker (Bahr) hoffähig gemacht hätte (S. 54), entbehrt meines Erachtens jeglicher Textgrundlage. Sollte Schröder tatsächlich die selbstbewusste Nation Schwilks und Weißmanns gemeint oder auch nur in Erwägung gezogen haben, dann steht dieser empirische Nachweis von Hellmann noch aus.

Kategorienauswahl und Fallbeispiele

Es ist bereits hinreichend belegt worden, dass Hellmanns Kategorien zur Unterscheidung der Bonner Republik von der Berliner Republik, i.e. selbstbewusst vs. befangen und national vs. europäisch, problematisch - um nicht zu sagen irreführend - sind. Verwendet man die Hellmannschen Begriffe und nimmt man die von Létourneau/Räkel und Kirste präsentierten empirischen Ergebnisse ernst, dann beginnt die Berliner Republik bereits unter den Befangenen Kohl und Genscher. Darüber hinaus speist sich das neue deutsche Selbstbewusstsein aus der Bestätigung der bisherigen Politik (samt ihrer demokratischen Werte und Normen), anstatt sich in Abgrenzung zu dieser (wie Hellmann behauptet) zu entwickeln.

Eine (gezwungenermaßen) kurze empirische Analyse der von Hellmann eingeführten Kategorien und Fallbeispiele verdeutlicht ferner, dass Hellmanns Beschreibung der Außenpolitik der Berliner Republik historisch sehr fragwürdige Bewertungen beinhaltet und durch eine selektive Auswahl von Fallbeispielen keine allgemeingültigen Aussagen für die Außenpolitik einer Berliner Republik zulässt.

Zunächst erscheint es irreführend, wenn Hellmann in seinem Schaubild 1 (Koordinaten und Spektren des außenpolitischen Diskurses in der Bundesrepublik, S. 59) den Eindruck erweckt, als sei die Bundesrepublik von einem national-befangenen (1950er Jahre) über einen europäisch-befangenen (1980er Jahre) und einen europäisch-selbstbewussten Diskurs (1990er Jahre) auf dem Weg in einen selbstbewusst-nationalen Diskurs (2010??). Hellmann bietet keine Diskursanalyse, die eine solche Kategorisierung für den Zeitraum 1950-1990 stützen würden. Im Gegenteil: es lässt sich durchaus zeigen, dass der außenpolitische Diskurs bereits seit 1950 einen starken europäisch-selbstbewussten Strang hatte.

Thomas Risse hat bereits in seinem Kommentar zum Panel in Halle darauf hingewiesen, dass alle wesentlichen außenpolitischen Entscheidungen der Bundesrepublik nach 1949 (Petersberger/Pariser Abkommen, Römische Verträge, Ost-Verträge, NATO-Doppelbeschluss, deutsche Wiedervereinigung, WWU) in dem Schema von Hellmann als selbstbewusst-europäisch kategorisiert werden können. Zum einen zeigt dies die mangelnde Aussagekraft der von Hellmann eingebrachten Begriffe. Zum anderen verdeutlicht es eine weitere Schwäche in Hellmanns Argumentation: die implizite Behauptung, dass der außenpolitische Diskurs einen nennenswerten Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen hat, oder diese zumindest sprachlich reflektiert. Nehmen wir Risses Kategorisierung der wichtigen außenpolitischen Entscheidungen ernst (dies würde sich mit dem empirischen Befund von Thomas Banchoffs Analyse dieser Entscheidungen decken, vgl. Banchoff 1999), dann gibt es entweder keinen Zusammenhang zwischen Verhalten und Diskurs, oder Hellmanns Beschreibung des Diskurses trifft nicht zu. Letzteres ist m. E. der Fall. Hellmann deklariert die Bonner Republik (ohne überzeugende Argumente) als national- oder europäisch-befangenen, um die Berliner Republik in Abgrenzung dazu als europäisch-selbstbewusst oder gar national-selbstbewusst deklarieren zu können.

Des gleichen bleibt Hellmann die Kategorien schuldig, nach denen er die Diskursträger – die Protagonisten der neuen Generation der Selbstbewussten – auswählt. Bei der CDU bleiben Angela Merkel, Karl Lamers, Friedbert Pflüger, aber auch Jürgen Rüttgers unerwähnt (und

dies trotz des selbstbewussten Slogans „Kinder statt Inder“). Das ist Diskursanalyse nach dem Forrest Gump-Prinzip: „Life is a chocolate box, you'll never know what you get“.

Fallbeispiele

Betrachtet man die von Hellmann als paradigmatisch apostrophierten Fallbeispiele für die neue Berliner Außenpolitik, so fällt zunächst deren Selektivität in Bezug auf Hellmanns eigene zentrale Argumentationslinien auf. Weder findet sich eine Bewertung der Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes, die einschlägig für die Definition der Identität einer „Berliner Republik“ sein dürfte. Zum anderen erscheint die Diskussion und das außenpolitische Handeln der rot-grünen Bundesregierung in Bezug auf die Entschädigung von Zwangsarbeitern in der von Hellmann für die Berliner Republik als charakteristisch proklamierten „Historisierung der NS-Vergangenheit“ (S. 34) nicht erwähnenswert zu sein.¹⁰ Stattdessen erklärt Hellmann das deutsche Drängen auf den IWF-Chefposten als paradigmatisch für die neue Außenpolitik der Berliner Republik (S. 75, 78). Auch wenn Hellmann in vielerlei Hinsicht das Agieren der deutschen Diplomatie und speziell des Kanzleramts zurecht geißelt (Harnisch 2000a), so scheint die Repräsentativität dieses Falls für die Außenpolitik bzw. den außenpolitischen Prozess der Berliner Republik nicht hinreichend belegt.

In der Auseinandersetzung um den IWF-Chefposten spielte der auf dem Balkan sozialisierte außenpolitische Berater und Karrierediplomat Michael Steiner eine herausragende Rolle, insbesondere bei den Gesprächen mit den europäischen Verbündeten über die Unterstützung der Koch-Weser-Kandidatur innerhalb der EU.¹¹ Auf amerikanischer Seite dominierte Finanzminister Lawrence Summers über weite Strecken den Politikprozess, obwohl sich sowohl Präsident Clinton, National Security Advisor Berger als auch Außenministerin Albright in die Diskussion einschalteten.¹² Während das Weiße Haus - trotz der Ablehnung gegenüber Koch-Weser - an der Zusage festhielt, einen weiteren Deutschen für das Amt des IWF-Direktors zu unterstützen, versuchte Finanzminister Summers auch noch nach dem Ausscheiden Koch-Wesers, die Wahl des neuen deutschen Kandidaten Köhler zu verhindern. Erst eine direkte Intervention aus dem Kanzleramt im Weißen Haus verhinderte diesen Alleingang Summers: Köhler wurde gewählt. Wollte man aus dieser Gemengelage einen heraufziehenden Hegemonialkonflikt zweier nach Macht strebenden Staaten diagnostizieren, dann wäre man in der Tat der transatlantischen Regierungsrhetorik auf den Leim gegangen.

Was das IWF-Beispiel zeigt ist, dass die bundesdeutsche Politik ohne Not und unvorbereitet einen transatlantischen Streit vom Zaun brach. Es fehlte der deutschen Kandidatur im Falle Koch-Wesers an einem überzeugenden Konzept für die anstehende IWF-Reform und an einem im US-Kongress/US-Finanzministerium akzeptierbaren Kandidaten. Auf deutscher Seite wurde dieser Mangel durch die persönlichen Ambitionen Koch-Wesers, den im Balkan mehrfach gekränkten Stolz einiger deutscher Spitzenbeamter und die symbolischen Ambitionen des (ehemaligen) Landespolitikers Schröder nach einer stärkeren

¹⁰ Es entbehrt m. E. nicht einer gewissen Ironie, dass Hellmann ausgerechnet Helmut Kohl, den Protagonisten der geistig-moralischen Wende zum Befangenen erklärt. Es war doch der Befangene Kohl, der das Thema „entschädigung“ in der Hoffnung aussaß, dass es sich auf „natürliche Weise“ erübrigen würde. Im gleichen Atemzug erklärt Hellmann kurioserweise Gerhard Schröder zum Generations- bzw. Gesinnungsgenossen Egon Bahr, der in der Frage der Entschädigung eine „Instrumentalisierung Hitlers gegen Deutschland“ fürchtet, vgl. Hellmann 2000: 54, 59 sowie Bahr 1999: 42.

¹¹ Vgl. Jochen Buchsteiner, Der Undiplomat. Nach dem glücklichen Ende des IWF-Dramas wird die Macht von Kanzlerberater Michael Steiner weiter wachsen, in: Die Zeit, Nr. 12, 16.3.2000.

¹² Vgl. Trans-Atlantic Maneuvering to Settle IMF Clash. White House Agreed to Play Role of 'Heavy', in: International Herald Tribune, 3.3.2000; Krause-Burger 2000: 71..

Berücksichtigung deutscher Kandidaten für internationale Spitzenpositionen substituiert.¹³ Problematisch, peinlich und präventiv, aber auch paradigmatisch? Wohl kaum.

Vergleicht man diesen Lapsus mit dem Festhalten des Befangenen Helmut Kohl an dem gemeinsamen Besuch eines Soldatenfriedhofes in Bitburg mit US-Präsident Reagan oder gar Kohls Vergleich zwischen Generalsekretär Gorbatschow und Nazi-Propagandaminister Goebbels, dann wird deutlich, wie unverhältnismäßig Hellmanns Bewertungen von Berliner Rhetorik im Vergleich zu Bonner Verhalten sind. Mit welchen Worten wollte Hellmann denn das Verhalten des Befangenen Helmut Schmidt im Jahre 1980 kennzeichnen, der in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss US-Präsident Carter öffentlich beschimpfte: „You can rest assured that you can depend on the bloody Germans (zitiert nach Bierling 1999: 224).“¹⁴ Dass sich im Falle des IWF-Chefpostens mehrere ehrgeizige Spitzenbeamte stilistisch verlaufen haben und dabei leider von ihren Chefs gedeckt wurden, ist bedauerlich, vielleicht sogar unverzeihlich.¹⁵ Dies allerdings als Indiz oder gar als paradigmatisch für eine neue selbstbewusste Berliner Außenpolitik werten zu wollen, ist für mich so nicht nachvollziehbar.

Deutschland: Reif für die Welt oder reif für eine „nationale Resozialisierung“?

Hellmann argumentiert, dass eine neue Generation von Politikern die deutsche Außenpolitik der „Berliner Republik“ auf einen selbstbewusst-nationalen Kurs bringen könnte. Seine Sorge ist unbegründet, weil das von ihm diagnostizierte Selbstbewusstsein weder generationenabhängig noch national geprägt ist. Kaum überraschend hat fast die gesamte außenpolitische Elite nach 40 Jahren immer wieder erfolgreicher selbstbewusst-europäischer Außenpolitik den Schluss gezogen, dass eine multilaterale, auf Integration ausgelegte und primär mit diplomatischen Mitteln operierende Außenpolitik auch für das wiedervereinigte Deutschland der richtige Kurs ist (Harnisch 2000). Wenn Hellmann die Integration der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik im Rahmen des neuen Staatsbürgerschaftsrechts als selbstbewussten „Blick nach vorn“ im Vergleich zur Ära Kohl analysieren würde, dann hätte er recht. Seine Analyse lässt aber auch diesen Schluss nicht zu.

¹³ Wenn sich der Landespolitiker in EU-Fragen Schröder (Monika Wulf-Mathies in der *Zeit*) ebenso wie der Landespolitiker Kohl im Amt des Kanzlers zum Vorzeigeeuropäer entwickelt, dann würde sich Hellmanns These bewahrheiten, dass das Amt primär die Person, nicht aber die Person das Amt präge, bestätigen, vgl. Hellmann 2000: 11.

¹⁴ Auf den Einwurf von US-Sicherheitsberater Brzezinski während eines Arbeitsgespräches am 21. Juni 1983, das man bisher von persönlichen Angriffen im transatlantischen Verhältnis abgesehen habe, erwiderte Schmidt: „Well, I don't mind a fight. If necessary, one has to criticize.“ vgl. Brzezinski 1983: 310.

¹⁵ Wenige Wochen nach dem Debakel kamen deshalb erste Gerüchte auf, Steiner solle wegen seines Verhaltens im Fall Koch-Weser „weggelobt“ werden, vgl. Erste Anzeichen für Ablösung von Kanzler-Berater Steiner. Für Gerhard Schröders außenpolitischen Vordenker wird angeblich ein Job gesucht. Er sei zu hemdsärmelig für Diplomatie, in: [Financial Times Deutschland, 14.4.2000.](#)

Literatur:

- Bahr, Egon** (1999): Die „Normalisierung“ der deutschen Außenpolitik. Mündige Partnerschaft statt bequemer Vormundschaft, in: Internationale Politik, 54. Jg., Nr. 1 (Januar 1999), S. 41-52
- Banchoff, Thomas** (1999): The German Problem Transformed. Institutions, Politics and Foreign Policy, 1945-1995, Ann-Arbor: University of Michigan Pr.
- Bierling, Stephan** (1999): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München: Oldenbourg
- Paul S. Boyer et al.** (1990): The Enduring Vision. A History of the American people, Vol. 2: From 1865, Lexington: Heath & Co,
- Brzezinski, Zbigniew** (1983): Power and Principle. The Memoirs of the National Security Advisor 1977-1981, New York
- Harnisch, Sebastian** (2000): Deutsche Außenpolitik nach der Wende: Zivilmacht am Ende?, Beitrag für den 21. DVPW-Kongress in Halle, 1.-5.10. 2000, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/publications/conference/harnisch.pdf> [16.10. 2000]
- Harnisch, Sebastian** (2000a): Germany's National IMF Policy: Lessons To Be Learned, in: German Foreign Policy in Dialogue, 1(2000) 1, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/newsletter/archive/issue01.html> [10.10. 2000]
- Harnisch, Sebastian** (2000b): Außenpolitisches Lernen. Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel, Opladen: Leske & Budrich,
- Kirste, Knut** (1998): Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte, Frankfurt/Main: Peter Lang
- Krause-Burger, Sibylle** (2000): Wie Gerhard Schröder regiert. Beobachtungen im Zentrum der Macht, Stuttgart: DVA
- Le Prestre, Philippe G.** (Ed.) (1997): Role Quests in the Post-Cold War Era. Foreign Policies in Transition, Montreal: McGill-Queen's UP
- Létourneau, Paul/Marie-Elisabeth Räkel** (1997): Germany: To Be or Not Be Normal?, in: Le Prestre 1997, S. 111-130
- Mayring, Peter** (1990): Qualitative Inhaltsanalyse, Grundlagen und Techniken, Weinheim
- Opp de Hipt, Manfred** (1987): Denkbilder in der Politik: der Staat in der Sprache von CDU und SPD, Opladen ;